

Sitzung Nr. 6 vom 02. Juli 2019

- Vorsitz** François Scheidegger, Stadtpräsident
- Anwesend** Remo Bill
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Robert Gerber
Konrad Schleiss
Reto Gasser
Ivo von Büren
Richard Aschberger
Marc Willemin
Fabian Affolter
Matthias Meier-Moreno
Peter Brotschi
Nicole Hirt
- Anwesend von Amtes wegen** Christian Ambühl, Polizeikommandant
André Weyermann, Präsident Kulturkommission
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
Per Just, Geschäftsleiter SWG
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
- Dauer der Sitzung** 17:00 Uhr - 18:50 Uhr
- TRAKTANDEN** (2507 - 2522)
- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 14. Mai 2019
 - 2 2507 Finanzielle Abgeltung der Tätigkeit der Stadtpolizei Grenchen: Angebot des Regierungsrates
 - 3 2508 Motion Robert Gerber (FDP.Die Liberalen): Tarifmässige Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen und der Aufhebung der Mindestparkgebühr von einem Franken vor den Grenchner Detailhandelsgeschäften: Beschluss über Erheblicherklärung

- 4 2509 Motion Peter Brotschi (CVP): Ehrenplatz für verdiente Grenchnerinnen und Grenchner: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2510 Motion Konrad Schleiss (FDP.Die Liberalen): Für die Fortführung einer Energieberatung für die Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2511 Teilzonenplan Bettlachstrasse GB Nr. 4196 / Antrag zur öffentlichen Auflage
- 7 2512 Gemeindeverband Leugene: Wahl Abgeordneter
- 8 2513 Unterzeichnung Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor
- 9 2514 Motion Angela Kummer (SP): Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Beschluss über Erheblicherklärung
- 10 2515 Interpellation Nicole Hirt (glp): Überprüfung Einstufung der Gehälter beim Verwaltungspersonal: Beantwortung
- 11 2516 Wirtschaftsrat: Ergänzungswahl
- 12 2517 **Vertraulich** Neueinreihung von Stellen
- 13 2518 Postulat Nicole Hirt (glp): Institution analog Gassenküche für Grenchen?: Einreichung
- 14 2519 Interpellation Angela Kummer (SP): Ferienbetreuungsangebot: Einreichung
- 15 2520 Interpellation Daniel Hafner (SP): Eine Uhr für den Zytplatz: Einreichung
- 16 2521 Interpellation Fraktion SVP: Tempo 30-Postulat aus dem Jahre 2012, wo sind die Resultate?: Einreichung
- 17 2522 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 14. Mai 2019 wird genehmigt.

- o -

Finanzielle Abgeltung der Tätigkeit der Stadtpolizei Grenchen: Angebot des Regierungrates

Vorlage: Antrag/05.04.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein und informiert, dass Rechtsanwalt Reto Gasser, Stampfli Rechtsanwälte, die Zulässigkeit eines Klageverzichts im Rahmen einer Abgeltungsvereinbarung geprüft und eine entsprechende Aktennotiz verfasst hat. Der Jurist kommt zum Schluss, dass *staatliche Behörden dem Legalitätsprinzip, den öffentlichen Interessen und dem Willkürverbot verpflichtet sind. Sie können deshalb nicht von vornherein in gewissen Bereichen - wie insbesondere dem Anwendungsbereich einer Abgeltungsvereinbarung - generell auf die Möglichkeit zur Erhebung einer verwaltungsrechtlichen Klage verzichten.* Der Gemeinderat hat die Aktennotiz vom 8. Mai 2019 mit der GR-Einladung erhalten.
- 1.2 Rechtsanwalt Gaston Barth, Rechts- und Personalberatung für öffentliche Gemeinwesen, fasst die Vorlage ausführlich zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen. Die Gemeinderatskommission beantragt dem Gemeinderat, das finanzielle Angebot des Kantons anzunehmen und eine Zusammenarbeitsvereinbarung nach Variante 2 abzuschliessen.
- 1.3 François Scheidegger dankt Gaston Barth für seine Ausführungen.
- 1.4 Polizeikommandant Christian Ambühl, dankt Gaston Barth für die Unterstützung nochmals recht herzlich und möchte er heute die Gelegenheit nutzen, um als Kommandant zu dieser Angelegenheit noch ein paar Worte zu sagen:
Er könnte ja mit dem Satz anfangen, er habe davor gewarnt, was auf die Stadt zugekommen werde. Es war absehbar, dass der Kanton die Leistungsvereinbarung kündigt und genau das ist eingetroffen. Ihm ist durchaus bewusst, dass die Stadt mehr Geld braucht und die Leistungen der Polizei Stadt Grenchen in keiner Art und Weise angemessen abgegolten werden. Aber mit diesem Entscheid hat man nicht nur Verhandlungen ermöglicht, sondern man hat den Gegnern der Stadtpolizei und all denen, welche die Stadtpolizei loswerden wollen, Tür und Tor geöffnet. Er ist nun seit 3 Jahren Kommandant und macht seit 2 1/2 Jahren nichts anderes, als für die Polizei Stadt Grenchen zu kämpfen. Zuerst war es der Personalschlüssel, dann die Liegenschaft und nun die Verträge selber. Und während all dieser Verhandlungen sollte das Korps noch strategisch geführt und weitergebracht werden.

Das hat viele Nerven gekostet und er hat sich an manchen Tagen tatsächlich selber gefragt, ob man das Ganze nicht einfach aufgeben soll. Aber er musste jedes Mal sagen nein, denn aufgeben ist nicht seine Art und es geht nicht nur um seinen Job, sondern um die Arbeitsstellen seiner Mitarbeiter und um das Polizeikorps der Stadt Grenchen, wo er stolz darauf ist, es führen zu dürfen, und natürlich um die Sicherheit der Stadt. Es ist klar der Verdienst der Stadt und der Polizei Stadt Grenchen und ihrer Leistung zu verdanken, dass Grenchen die sicherste Stadt im Kanton ist. Dass es ohne eigene Polizei strategische Probleme für eine Stadt geben wird, zeigt auch die neuste Entwicklung in Olten. Dort muss man für ein örtliches Sicherheitsproblem neues Sicherheitspersonal für 450.000.00 auf drei Jahre verteilt einsetzen. Während den so genannten Verhandlungen haben sich auch einzelne Personen, die er nicht namentlich nennen will, sehr aufgespielt und eine nicht akzeptable Position gegenüber einem Kommandanten eingenommen. Auch wenn es aus ihrer Sicht eben nur ein Kommandant einer Stadtpolizei ist.

Es kann betreffend Verhandlungen nicht von einer Zusammenarbeit bzw. konstruktiven Gesprächen gesprochen werden, sondern ein Verhalten von oben herab gegenüber den Städten. Hier eine kleine Randbemerkung, welche ihm beim Aufschreiben seiner Aussagen wieder bewusst wurde, zum Verhalten gegenüber seiner Person. Man ist mit ihm umgegangen als ob er direkt von der Polizeischule kommen würde. Er erinnert sich aber, dass, als die Observationsgruppe beim Kanton vor langer Zeit aufgebaut wurde, man sich das Wissen bzw. Ausbildungsgrundlagen von der Stadtpolizei Bern geholt hat. Nun kann der Gemeinderat einfach einmal so ins Blaue hinaus raten, wer dort die Übungen zusammengestellt und bei der Umsetzung dabei war.

Aber zurück zum Geschäft: Er möchte an dieser Stelle auch seinen Kader und den Mitarbeitern für ihr Vertrauen danken. Es ist immer einfach, hinter dem Chef zu stehen, wenn es gut läuft und keine Gefahr droht. In diesem Fall, vor allem wenn man merkt, dass der Chef sich nicht alles gefallen lässt und eigene Wege geht, ja dann gehört Mut und Vertrauen dazu. Gegen ihn wurde von allen Seiten her geschossen und er ist doch froh, dass er früher beim Stern war. Denn es hat bekanntlich noch nie jemand geschafft, einen Stern vom Himmel zu schießen. Trotz der grossen Unruhe, welche sich aufgrund der Verhandlung im Korps breit gemacht hat und der Verunsicherung der Mitarbeiter ob sie noch so arbeiten können, wie sie auch ausgebildet sind, nämlich in allen Bereichen sehr gut, konnten man dennoch verscheiden Projekte durchsetzen und den Weg einer Polizei Stadt Grenchen gehen. Man darf hier aber auch sagen, dass es auf Stufe Mitarbeiter untereinander immer gut funktioniert hat und auch die Abteilungen der Kantonspolizei wie z.B. die IT-Abteilung die Polizei Stadt Grenchen bei Projekten trotz der Verhandlungen sehr gut unterstützt haben. Es zeigt also, dass sich die bis anhin festgelegte Zusammenarbeit durchaus bewährt hat und weiterhin bewähren würde. Nimmt man noch die Akzeptanz und den nötigen gegenseitigen Respekt dazu, dann gäbe es nur noch einen Verlierer und das wäre die Seite des Verbrechens. Man muss sich bewusst sein, dass es letztendlich nicht nur um die Kompetenzen für die gerichtspolizeilichen Aufgaben geht, welche man verlieren könnte. Andere Städte und Kantone mussten feststellen, dass es ohne diese Kompetenzen eines "vollwertigen" Polizisten auch bei der Umsetzung der Gemeindeaufgaben zu Komplikationen kommt und ein zielgerichtetes Arbeiten schwierig wird. Es gibt vor Ort immer wieder Diskussionen, ob der "Gemeindepolizist" das jetzt eigentlich darf oder nicht und vielfach kommt dann die Aussage des Gegenübers, es soll doch ein richtiger Polizist kommen.

In der heutigen Zeit hat der Polizist auf der Strasse einen schweren Job zu erfüllen und der Respekt ist in vielen Fällen an einem sehr kleinen Ort. Man kann sich vorstellen, wie es sein würde, wenn man nicht einmal mehr die Kompetenzen eines Polizisten hat und wie attraktiv dieser Beruf dann wohl noch sein mag. Und ein Stadtpolizist ist genau gleich ausgebildet und man investiert auch gute Zeit in die Weiterbildung. Also macht es doch Sinn, dass er die urbane Sicherheit mit seinem Wissen und Können aufrecht hält und nicht 20 Minuten und mehr vor Ort warten muss, bis eben ein "richtiger" Polizist kommt. Diese Minuten können entscheidend sein.

Hierzu hat aus seiner persönlichen Sicht Frau Schaffner das einzige Mal das Richtige in den Verhandlungen erkannt. Sie stellte die Frage, wieso die Städte mehr Geld wollen. Es sei doch nachweisbar, dass seit den Vertragsabschlüssen, als die Städte auch die Kompetenzen erhalten haben, die Sicherheitslage doch gleich oder gar besser geworden sei und die Städte sicher nicht mehr Geld brauchen würden. Ja, sie hat in diesem Punkt Recht, die Sicherheitslage in der Stadt (Grenchen ist die sicherste Stadt im Kanton) ist besser geworden. Dies nach den Vertragsabschlüssen. Also ein klarer Verdienst der Stadtpolizei.

Die urbane Sicherheit wird immer kosten. Die Frage ist einfach, wieviel man bereit ist dafür zu bezahlen. Man muss aber bedenken, dass Sicherheit immer eine subjektive Beurteilung ist. Geht es einer Stadt oder einem selber gut und fühlt man sich sicher, so sieht man die Polizei schnell als Störfaktor und als unnötiges Instrument. Fährt man sie aufgrund dieser Erkenntnis runter und es passiert etwas, so ist es nicht mehr möglich, auf das Problem flexibel zu reagieren. Auch die präventive Wirkung geht mit der Zeit verloren. Diese Erkenntnis haben viele Städte bereits schmerzhaft gemacht. Und dennoch macht man sich hier im Kanton Gedanken, ob es eine Stadtpolizei noch braucht. Fordert aber andererseits seitens Kanton immer mehr Stellen, um die Sicherheitslage nach ihren Angaben überhaupt noch bewältigen zu können. So zum Beispiel auch der Kanton Bern, welcher bereits von zusätzlich 360 Stellen spricht. Dies um die urbane Sicherheit in den Städten und Gemeinden gewährleisten zu können. Und wer soll diese Stellen finanzieren? Er ist der Überzeugung, wenn es nur noch die Kantonspolizei gäbe, ganz sicher nicht der Kanton alleine, hier würden die Gemeinden sicher zur Kasse gebeten.

Wie die Zukunft in der Stadt Grenchen aber aussieht, das liegt in den Händen des Gemeinderates, denn es ist seine Stadtpolizei, die er mit Stolz und er hofft zu seiner Zufriedenheit führen darf. Ziel ist, weiter lageorientiert, mit einer flexiblen Stadtpolizei für die Stadt Grenchen zu arbeiten. Dies immer unter dem Fokus der Bürgernähe und die sicherste Stadt im Kanton zu bleiben. Denn es war schon immer so, wo es sicher ist, da will man wohnen.

- 1.4 Laut François Scheidegger waren es penible Verhandlungen, wenn man dem überhaupt so sagen kann. Es wurde viel drauf los behauptet. Es ist obermühsam, es werden schlicht Fakten negiert. Man weiss ganz genau, dass die Städte Anspruch auf eine angemessene Entschädigung haben. Das steht im Polizeigesetz. Angemessen heisst nicht nach Ermessen des Kantons, sondern angemessen ist angemessen. Weil man weiss, dass man die Angemessenheit nicht erfüllt und auch nicht erfüllen will, will man den Klageverzicht. Was soll das? Wie ist das rechtstaatlich zu beurteilen? Er wäre froh, wenn man im Kantonsrat dann einen entsprechenden Vorstoss einreichen würde. Das kann es nicht sein. Mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf dieser Stufe hat das nichts zu tun. Es ist reines Machtgehabe. Das ist für ihn nicht akzeptabel. Persönlich hätte er kein Problem, so einen Prozess zu führen, aber es ist unverantwortlich dem Personal gegenüber. Das macht man deshalb nicht.

Er hofft sehr, dass beim Kanton nicht irgendwo die versteckte Absicht besteht, mit den Ängsten des Personals zu spielen. Das fände er wirklich schlimm.

2 Eintreten

- 2.1 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno möchte zuerst ihre Dank dem Verhandlungsführer Gaston Barth sowie den beiden Stadtpräsidenten von Grenchen und Solothurn aussprechen, welche die nicht ganz einfachen Aufgabe hatten, mit der Regierungsrätin zu verhandeln. Auch wenn das Resultat nicht im Sinne der beiden Städte ausfiel, hinterliessen der gemeinsame Auftritt und das Zusammenstehen eine starke Wirkung, was bei Bedarf gerne wiederholt werden darf. Apropos Verhandlung, unter diesem Begriff findet man im Wikipedia folgendes: *„Verhandlung ist eine Gesprächsform über einen kontroversen Sachverhalt, die durch gegensätzliche Interessen der Parteien gekennzeichnet ist und einen Interessensausgleich zum Ziel hat“*. Die Regierungsrätin will nichts von einer „angemessenen“ Abgeltung wissen. Respektive das Wort angemessen wurde nicht gleichwertig von beiden Verhandlungspartnern interpretiert und gewichtet. Unter einer „angemessenen“ Abgeltung verstehen die Städte etwas ganz anderes als die Regierungsrätin, vor allem dann wenn man die Zahlen der Übernahme der Polizei in Olten kennt. Leider fand dieser Interessensausgleich, wie man den Dokumenten entnehmen kann, nur sehr einseitig statt und führte zu keinem Ziel. Von Seiten Regierung pochte man auf dem Bestehenden. Die beiden Angebote, welche dem Gemeinderat unterbreitet werden, sind weder fair, grosszügig noch akzeptabel. Des Weiteren findet es die CVP einen Affront, von der Stadt Grenchen einen Klageverzicht einzufordern. Man ist hier nicht in einer Bananenrepublik, sondern in einem Rechtsstaat, welche den Rechtsweg als mögliche Variante anerkennt und im Übrigen ist eine solche Forderung nicht regierungsratswürdig. Trotz aller Widerlichkeiten und Enttäuschung über die Verhandlungsergebnisse hat der Gemeinderat eine moralische Verpflichtung gegenüber dem städtischen Polizeikorps. Denn bisher hielt man einstimmig an der Stadtpolizei fest, was auch weiterhin so bleiben soll. Auch wenn beide Varianten nicht im Interesse der CVP sind, beisst sie in den sauren Apfel und stimmt der Zusammenarbeitsvereinbarung nach Variante 2 zu. Eines jedoch kann er versprechen: „Es ist noch nicht aller Tage Abend“!
- 2.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass auch die SVP-Fraktion Gaston Barth für die Verhandlungen dankt. Er hat das sehr gut gemacht. Die SVP ist immer hinter der Stadtpolizei gestanden und wird das auch weiterhin tun. Es ist enttäuschend, was als Resultat der Verhandlungen mit Regierungsrätin Susanne Schaffner herausgekommen ist. Der Klageverzicht ist eine Frechheit. Er bekundet Mühe damit. Die Kantonsräte sind jetzt gefordert, sie müssen Gas geben und versuchen, auf Kantonsebene etwas zu machen. Sehr wichtig ist der VSEG, den man unbedingt einbinden sollte, damit er bei diesem Geschäft mithilft. Die SVP ist für Eintreten und wird dem Geschäft zustimmen.
- 2.3 Laut Gemeinderätin Angela Kummer ist aus der erhofften höheren Abgeltung nach den zähen Verhandlungen mit dem Regierungsrat und der Kantonspolizei nichts geworden. Die Diskussionen haben sich als sehr schwierig herausgestellt. Die Verhandlungen kamen den Einzelnen wie ein Kampf von „David gegen Goliath“ vor. Die vorgeschlagenen zwei Varianten sind vom finanziellen Standpunkt her beide unzureichend. Immerhin hat der Sicherheitsbericht bestätigt, dass die Sicherheitslage in der Stadt Grenchen als gut bezeichnet werden kann.

Die Kriminalitätsrate ist ja sogar zurückgegangen. Die SP-Fraktion findet, dass aus fachlicher Sicht nur das 2. Angebot des Regierungsrats Sinn macht, also die Weiterführung des bisherigen Modells. Das Korps soll nicht noch weiter verunsichert werden. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei muss weiter gehen. Darum beurteilt die SP-Fraktion die vom Gemeinderat im Massnahmenpaket 2 geforderten Sparmassnahmen kritisch. Wäre der Personalbestand höher geblieben, hätte man nun auch eine höhere Abgeltung erhalten. So oder so, ein Abbau auf Raten, ja ein „Ausbluten“ der Institution Polizei Stadt Grenchen ist keine Option für die SP.

- 2.4 Gemeinderat Robert Gerber verweist auf Art. 92 (Ordnung und Sicherheit) der Kantonsverfassung, wo steht: *„Kanton und Einwohnergemeinden gewährleisten die öffentliche Ordnung und Sicherheit.“* Der Gemeinderat hat heute Gelegenheit, zu einer Vorlage Stellung zu nehmen, die nicht alltäglich ist. Es geht um die finanzielle Abgeltung des Kantons für die Tätigkeit der Stadtpolizei. Um ein Angebot des Regierungsrates, wie es so schön heisst im Titel. Das Resultat der Verhandlungen ist nicht nur ernüchternd, es ist enttäuschend. Wenn man die zur Verfügung stehenden Unterlagen genau analysiert, kommt man zum Schluss, dass die Solothurner Regierung und das Department des Innern gar nie gewillt waren, über das berechnete Anliegen der Stadt Grenchen zu verhandeln. Ja, man hatte sogar noch vorgeschlagen, die seit Jahren zu tiefe Entschädigung zu kürzen. Um was geht es eigentlich? Die Verfassung des Kantons Solothurn weist im Art. 92 die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sowohl dem Kanton wie auch den Einwohnergemeinden zu. Gemäss Gesetz über die Kantonspolizei, § 23, können, die Einwohnergemeinden eigene Polizeiorgane schaffen. Das hat die Stadt Solothurn vor etwa 400 Jahren gemacht, die Stadt Grenchen am 17. Juni 1905 und die Stadt Olten im Jahre 1850. Bei der Totalrevision des Polizeigesetzes im Jahre 1990 wurde der Begriff einer angemessenen Abgeltung in den § 23 aufgenommen. Den entsprechenden Kantonsratsprotokollen kann entnommen werden, dass schon damals um die Begriffe vollumfängliche und angemessene Abgeltung heftig diskutiert wurde. Aber auch damals war nie die Rede von einer symbolischen Abgeltung. Beim Vorschlag, der dem Gemeinderat heute zur Genehmigung vorgelegt wird, handelt es sich seines Erachtens um einen symbolischen Beitrag resp. um eine symbolische Abgeltung. Die Leistungen, die die städtischen Polizeikorps in diesem Kanton erbringen sind keine symbolischen Leistungen, es sind Leistungen für die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner. Leistungen, die Anerkennung verdienen und die ihr Geld wert sind. Eines hat sich in der Polizeilandschaft nie verändert. Sicherheit und vor allem das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung lassen sich nicht mit Glanzpapierprospekten gewährleisten. Dazu braucht es Man- und Womenpower. „Grosszügig“ kann der Gemeinderat heute aus zwei Varianten auswählen. Er ist fast versucht zu sagen, zwischen Pest und Cholera. Es macht den Anschein, dass es den Verantwortlichen in diesem Kanton, der Regierung, nicht, oder kaum bewusst ist, dass es auch um Menschen geht. Die städtischen Polizistinnen und Polizisten haben in den letzten Monaten unter der Verunsicherung stark gelitten. Sie wissen nicht, ob und wie es weiter geht. Das haben diese Leute, die sich tagtäglich und auch des Nachts, für die städtische Sicherheit einsetzen, nicht verdient. Deshalb kommt nur Variante zwei in Frage. Als er zum ersten Mal Kenntnis davon bekam, dass die Kantonsregierung tatsächlich in Erwägung zieht, der Stadt Grenchen eine Zusammenarbeitsvereinbarung zu unterbreiten, wo ausdrücklich auf ein Klagerecht verzichtet werden soll, dachte er, man sei in Absurdistan und nicht in einem Rechtsstaat bzw. einem schweizerischen Kanton. Solche Vertragsklauseln sind vielleicht in totalitären Staaten, aber nicht in einem Rechtsstaat üblich. Ein Rechtsgutachten zeigt ja auch, dass ein Klageverzicht gar nicht zulässig ist.

Er war sich als Polizeikommandant, der über zwanzig Jahre mit diesem Kanton „geschäften“ musste, ja einiges gewöhnt. Aber diese Kündigungsrunde und diese Verhandlungsrunde übertrifft alles. Es gäbe zahlreiche Beispiele aus den Protokollen, die eine andere Wertung verdient hätten. Er erwähnt da nur die Bemerkung, dass der Sicherheitsstandard seit 2010, dem Jahr des Abschlusses der letzten Vereinbarung, sich verbessert habe. Da müsste unbedingt eine Präzisierung erfolgen. Vielleicht hat er sich insbesondere in den Städten ja auch verbessert, weil die städtischen Polizeikorps ihre Arbeit gut machten. Er und die FDP-glp-Fraktion sind enttäuscht von der Arbeit der Regierung und des Departements des Innern. Aber Hand auf Herz: Ist da etwas anderes zu erwarten? Eine Regierung, die keine wichtige Vorlage (Energiegesetz, Steuergesetz) mehr durch die Volksabstimmung bringt. Eine Regierung, welche ausgerechnet die zwei einzigen Gemeinden des Kantons, welche den Artikel 92 der Kantonsverfassung ernst nehmen und für die öffentliche Sicherheit und Ordnung einstehen, piesackt. Man könnte auch noch Artikel 3 der Kantonsverfassung zitieren: „Der Kanton anerkennt die Selbständigkeit der Gemeinden. Die Gesetzgebung räumt ihnen einen weiten Gestaltungsspielraum ein.“ In Tat und Wahrheit geht es um ein veritables Machtgehabe, welches allen schadet. Würde all diese Energie und die Ressourcen, die nun in dieses Geschäft gesteckt wurden und noch werden, in die Arbeit für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteckt, wäre schon viel getan. Aber nein, man versteift sich auf Macht- und Grabenkämpfe. Äusserste Vorsicht ist geboten, mit der Interpretation des Betrages von 150'000 Franken, der da den Städten als Quasi-Einsparung vorgeschlagen wird. Diese Einsparungen könnten theoretisch nur realisiert werden, wenn der Korpsbestand reduziert würde. Studiert man aber den vorgesehenen neuen Touren- und Schichtplan einmal genauer, könnte das Gegenteil eintreffen. Weil sich die Kantonspolizei aus gewissen gemeinsamen Schichten verabschieden möchte, braucht das städtische Polizeikorps mehr Personal, wenn es die Abdeckung einigermaßen gewährleisten will. Eine kleine Kostprobe, wie es sich ohne eigenes Polizeikorps so lebt, konnte kürzlich den solothurnischen Printmedien entnommen werden. Da stand, dass der Stadtrat von Olten eine Art „Eingreiftruppe“ schaffen möchte, um die Verhältnisse an Ländiweg wieder in Ordnung zu bringen. Die FDP-glp-Fraktion ist mangels Alternativen für eine Zusammenarbeitsvereinbarung nach Variante 2, stellt aber den Antrag, es sei auf das Klagegerecht in keinem Fall zu verzichten. Dieser Vorschlag unterstützt sie in erster Linie, um das Personal des Korps nicht weiter auf die Folter zu spannen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gaston Barth erklärt, dass der Antrag der Gemeinderatskommission noch präzisiert und ergänzt wurde. Er erläutert kurz die nachfolgenden Anträge:

4.1 Die Stadt Grenchen nimmt das finanzielle Angebot zur Abgeltung der Stadtpolizei Grenchen an. Auf das Angebot zur Entlastung von den NI-Schichten wird verzichtet.

4.2 Es soll das bisherige Zusammenarbeitsmodell weitergeführt werden. Es wird kein Klageverzicht eingegangen.

Der Gemeinderat der Stadt Solothurn hat am 18. Juni 2019 das Gleiche für die Stadtpolizei Solothurn beschlossen. Er empfiehlt dem Grenchner Gemeinderat, den Anträgen zuzustimmen.

- 3.2 Gemeinderat Alexander Kaufmann bezieht sich auf Seite 10 des Antrages, wo steht, dass der Abschluss einer auf 5 Jahre befristeten Vereinbarung denkbar wäre. Was hat man für Kündigungsfristen, wenn man den Klageverzicht eingehen bzw. nicht eingehen würde? Wann wird das wieder angeschaut?
- 3.2.1 Gaston Barth bemerkt, dass man bisher immer 2 Jahre Kündigungsfrist hatte. Das hat man separat nie verhandelt. Das wird hier ähnlich sein. Der Regierungsrat hat offeriert, dass man es periodisch anschauen würde. Man muss jetzt wieder zurück an den Verhandlungstisch und versuchen, das Optimum herauszuholen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Stadt Grenchen nimmt das finanzielle Angebot zur Abgeltung der Stadtpolizei Grenchen an. Auf das Angebot zur Entlastung von den NI-Schichten wird verzichtet.
- 4.2 Es soll das bisherige Zusammenarbeitsmodell weitergeführt werden. Es wird kein Klageverzicht eingegangen.

Vollzug: Stapo

Stapo
FV

1.2.0.0 / acs

Motion Robert Gerber (FDP.Die Liberalen): Tarifmässige Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen und der Aufhebung der Mindestparkgebühr von einem Franken vor den Grenchner Detailhandelsgeschäften: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/25.02.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom der Polizei Stadt Grenchen schriftlich beantwortet.
- 1.2 Gemeinderat Robert Gerber hat als Motionär keine Ergänzungen.
- 1.3 Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Laut Gemeinderat Daniel Hafner ist der SP-Fraktion das Gewerbe sehr wichtig. Eine lebendige Stadt und ein attraktives Zentrum sind das Thema. Dort ist natürlich die Gretchenfrage, was ein attraktives Zentrum ist. Ist es eines mit vielen oder wenigen Autos? Wer kauft hier ein? Ist es derjenige, der kein Auto hat? Wo kauft der ein, der Auto fährt? In Bözingen? Das ist nicht derjenige, der tendenziell das hiesige Gewerbe unterstützt. Wenn jemand mit dem Bus zum Einkaufen ins Zentrum fährt, zahlt er. Er hat noch nie gehört, dass jemand verlangt hat, dass man die öffentlichen Tarife für diejenigen, die in Grenchen einkaufen gehen, senken soll. Aber genau dies wird verlangt. In welche Richtung gehen trendige, urbane Kommunen? Das ist wohl klar. Man hat erkannt, dass der MIV im Zentrum nicht zielführend ist. Grenchen ist auf dem Weg, ein trendiges, urbanes Zentrum zu werden. Er kämpft dafür. Es gibt in Grenchen im Zentrum ein Parkhaus, das praktisch leer ist. Wenn er dort drin ist, ist es zu zwei Dritteln nicht ausgelastet. Die erste Stunde ist gratis. Wer im Coop Parkhaus parkiert und von dort aus im Zentrum seine Besorgungen innerhalb einer Stunde erledigt, zahlt nichts. Jetzt will man noch denjenigen, denen der Obulus von 1 Franken zu viel ist und die direkt vor die Geschäfte fahren wollen, diesen Tarif ersparen.

Das ist eines Gewerbes unwürdig. Man verdingt sich - wie so oft. Dann wundert man sich wieder über den Ruf, den Grenchen hat. Man sollte es sich gut überlegen und keine falschen Zeichen setzen. Die verlangte Tarifierung ist widersinnig. Die SP-Fraktion hat mit einer Ausnahme beschlossen, die Motion abzulehnen.

- 3.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, hegt die CVP-Fraktion gewisse Sympathien für das Anliegen von Robert Gerber, jedoch müssten vorerst noch einige wichtige Dinge geklärt werden. Wenn man von Kurzzeitparkplätzen spricht, muss die Dauer klar festgelegt werden. Um eine Fluktuation bei den Kurzzeitparkplätze zu erhalten, sind 15 Minuten ideal, länger macht jedoch keinen Sinn. Die Anzahl sowie die Standorte sind von grosser Bedeutung und müssten in einem Parkplatzkonzept respektive auf einem Plan klar ersichtlich sein. Dabei geht die CVP davon aus, dass es nur wenige Kurzzeitparkplätze geben soll, welche sich rund um den Marktplatz in der Nähe des Gewerbes befinden. Dazu eignen würden sich die Schild-Rust-Strasse, Centralstrasse, Bettlachstrasse, Bahnhofstrasse und Marktstrasse. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Praktikabilität und die Kontrollierbarkeit, welche durch die Stadtpolizei zu erfolgen hat. Wenn alle Punkte berücksichtigt werden können, ergibt sich eine gute Lösung für alle Beteiligten. Wenn dies nicht der Fall ist, müsste die CVP auf die bereits bestehenden Angebote verweisen, welche mit Parking-App 15 Minuten und Coop-Parkhaus 1 Stunde Gratisparkieren anbieten, sowie auch den in Planung stehende Postparkplatz Nord mit Schranken, wo die ersten 15 Minuten Gratisparkieren angeboten werden könnten. Alles tolle und faire Angebote, welche bereits jetzt genutzt werden können, wenn man denn will! Übrigens ist die CVP klar der Auffassung, dass, wenn es ein neues Kurzzeitparkplatzangebot gibt, es im Gegenzug ein hartes Durchgreifen beim Wildparkieren unter dem Stadtdach benötigt.
- 3.3 Die SVP, so Gemeinderat Richard Aschberger, kann nur Staunen. Seit zig Jahren kämpft sie für das Gewerbe und hat mit zig Vorstössen immer wieder Kurzzeitparkplätze gefordert, leider ohne Erfolg. Seinen ersten Vorstoss dazu gab er 2011 ein. Immer wieder hat man die SVP vertröstet und gesagt, bei der nächsten Überprüfung macht man dann etwas, dann bei der nächsten, dann wieder bei einem neuen Parkraumkonzept, dann bei der nächsten. Das Resultat ist bekannt, 2016 wurden die Parkgebühren massiv erhöht und das mit genau der FDP, welche nun mit einer fast gleichen Argumentation kommt, wie es die SVP seit bald 10 Jahren macht und dafür immer abgestraft wurde. Noch in der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2016 hielt Reto Gasser für die FDP fest, dass die damalige massive Gebührenerhöhung Zitat „im moderaten Bereich liegt“ und Zitat „da diese Anpassung das Gewerbe nicht allzu gross betrifft, sondern mehr private Benutzer“. Und nun hat die FDP wohl endlich auch einmal bei den Direktbetroffenen nachgefragt und siehe da, eine Motion ist auf dem Tisch, die plötzlich SVP-Punkte beinhaltet. Die SVP kann diese Motion natürlich unterstützen denn sie ist für alles, was dem Gewerbe nützen kann und wenn der Private weniger bezahlen muss, dann sowieso, das war und ist schon immer so bei ihr gewesen. Sie will aber, dass das ganz klar als Motion behandelt wird und nicht wieder wie ein Postulat, das irgendwo in der Versenkung verschwindet. Das Grenchner Gewerbe ächzt seit Jahren und dann muss man es nicht noch zusätzlich weiterstrafen, weil man einem Utopia hinterherrennt. Man sollte doch endlich akzeptieren, dass Grenchen eine Autostadt ist und man hier nicht Oberlehrer spielen kann, um die Leute nach eigenem Gusto umzuerziehen. Der Mensch ist frei und so Wunderwelten-Träume von der möglichst autofreien Innenstadt funktioniert hier nun einmal nicht oder nur wenn man dann auch das Gewerbe dafür opfern will.

Betreffend die Umsetzung hätte die SVP gerne, dass, wie in Punkt 2.8 erwähnt, ein Schrankensystem in Betracht gezogen wird für den Postplatz-Parkplatz und EPA-Parkplatz, dazu mit 30 Minuten gratis. Im Coop-Parkhaus hat man eine Stunde, somit hätte man einen guten Kompromiss und das reicht auch, um zur Apotheke, auf die Bank usw. zu gehen.

- 3.4 Gemeinderat Robert Gerber dankt als erstes, dass man heute endlich über diese Motion beraten kann. Er nimmt die Einwände des Polizeikommandos, der Finanzverwaltung und des Rechtsdienstes zur Kenntnis. Ihn interessieren die Gründe, weshalb etwas nicht gehen soll wenig. Ihn interessiert eigentlich mehr, was gemacht werden muss, damit etwas geht. Im Jahre 2016 wurden die Parkgebühren in Grenchen erhöht und gleichzeitig eine Minigebühr von 1 Franken eingeführt. Das hat zu einer Verzerrung des Begriffs „Kurzzeitparkplatz“ geführt resp. diese wurden eigentlich - zumindest tarifmässig - abgeschafft. Er geht davon aus, dass bei diesem Beschluss der fiskalische Aspekt im Vordergrund stand. Gerade in Gewerbekreisen führte dies auch zu Verstimmungen. Grenchen ist nicht Solothurn. Grenchen ist Grenchen! Grenchen ist eine Autostadt. Kurz gesagt, es ist ein Irrglaube, die Grenchnerinnen und Grenchner über Gebühren und anderes dazu zwingen zu wollen, das Parkhaus zu benutzen. Wenn man das wirklich politisch gewollt hätte, hätte man die Zahl der oberirdischen Parkplätze drastisch verringern müssen. Im Januar waren in den Inner-schweizer Zeitungen und im Blick ein Bericht aus der Stadt Zug zu lesen. Da ist von einer renommierten Metzgerei die Rede, welche nach 160 Jahren ihren Laden in der Altstadt schliesst, weil es kaum noch Parkplätze hat. Diese wurden aufgehoben. Bei genauer Betrachtung spricht dieser Beitrag Bände. Er geht mit fast allen einig, wenn sie sagen, es sei der Onlinehandel und nicht die Parkgebühren, welcher das Gewerbe resp. den Handel zur Strecke bringen. Das mag stimmen. Aber bei den verbleibenden Metzgereien und Bäckereien ist es nicht der Onlinehandel, der zu schaffen macht. Er möchte sich nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, die vorbleibenden Detailhandelsgeschäfte seien wegen der Untätigkeit der politischen Behörden zu Grunde gegangen. Zu diesem wenigen Geschäften, die man hier noch hat, muss man Sorge tragen, solange es sie noch gibt. Nachher ist es zu spät. Der Detailhandel, also die Grenchner Metzger zum Beispiel nervt sich, weil vor seiner Ladentüre einfach ein Franken bezahlt werden muss, auch für Miniparkzeiten. Es nervt aber auch, wenn auf 30 Minutenparkplätzen ganztags parkiert wird. Was passiert nun? Es wird ganz einfach nicht mehr bezahlt. Man hat nicht zu wenige Parkplätze, man hat Langzeitparkierer auf Kurzzeitparkplätzen. Er schlägt vor, zumindest den alten Zustand wieder herzustellen. Also wieder Kurzzeitparkplätze zu schaffen, die den Namen verdienen. Er parkiert kurz und bezahle wenig. Das ist der Zweck von Kurzzeitparkplätzen. Es muss attraktiv sein, nur kurz zu parkieren. Diese Motion wurde auch in der GRK behandelt in Form einer Grundsatzdiskussion. Von den Ergebnissen ist herzlich wenig in die Vorlage eingeflossen. Es gibt auch immer wieder Gedanken-spiele, auch ausserhalb des Coop-Parkhauses Gratisparkzeit zu schaffen. Das soll und kann man prüfen, so auch die Diskussion in der GRK. Der Polizeikommandant hat den Auftrag bekommen, einen Perimeter für Gratis- und Kurzzeitparkplätze zu definieren und die technische Umsetzung zu prüfen. Positiv diskutiert wurde auch die Schaffung von Parkplätzen, die mit Barrieren versehen sind. Postplatz-Nord und EPA-Parkplatz. Auch da; Kurzzeit gratis oder günstig, Langzeit teuer.

Auch prüfen muss man die Parkdauer. Zum Beispiel an der Marktstrasse. Dort beträgt die maximale Parkzeit immer noch zwei Stunden. In der Praxis heisst das, dort kann man vier Stunden parkieren. Und das machen viele Anwohner dort eben auch. Verkürzt man die maximale Parkzeit dort auf eine Stunde, gibt es mehr Wechsel und den Geschäftsinhabern ist damit gedient. Parkplatz Postplatz Nord. Auch hier handelt es sich um einen Ganztagesparkplatz. Dort beträgt die maximale Parkzeit ebenfalls zwei Stunden. Also auch vier Stunden, ideal für jemanden, der dort in der Nähe arbeitet. Dort ist eine Barriere zwingend. Mit einem progressiven Tarif kann dort sogar eine längere Parkzeit gewährt werden. Kurze Zeit günstig, längere Parkzeit teurer oder teuer. Das Ganze ist dann auch noch eine Frage der Kontrolle. Wenn wenig kontrolliert wird, sinkt die Wahrscheinlichkeit des Erwischtwerdens. Er hat bis jetzt noch nicht von der Schild-Rust-Strasse gesprochen. Das ist eigentlich ein Parkplatz für die ETA-Angestellten. Da besteht ein eigener Mechanismus. Am Fenster sind Leute platziert, die beim Auftauchen von Uniformierten Alarm schlagen. Es soll, so meine Informationen auch so sein, dass dann die App bedient wird. Das übrigens auch auf dem Postplatz Nord. Da gibt es Alarmsysteme, die funktionieren. Wer jetzt Angst hat, die Einnahmen aus Parkgebühren würden einbrechen, den kann er beruhigen. Die sind bereits eingebrochen. Die Gründe hat er aufgezählt. Wenn gewisse Änderungen gemacht werden (Postplatz Nord, EPA-Parkplatz, Marktstrasse) und gezielte Kontrollen erfolgen, dann sinken die Einnahmen nicht. Zu den Parktarifen: Im Coop-Parkhaus kostete die erste Stunde nichts, im Migros-Parkhaus kostet die erste Stunde 20 Rappen, die zweite Stunde auch und auch die dritte Stunde. Es war vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, als bei der Realisierung des Parkhauses Coop/Zentrum eine Stunde Gratisparkzeit eingeführt wurde. Man wird teilweise erst heute von diesem Entscheid eingeholt. Auch er ist heute der Auffassung, dass es eine Ungleichbehandlung ist, wenn dort gratis parkiert werden kann und andernorts ab der ersten Minute mindestens ein Franken bezahlt werden muss. Man wird ihm jetzt entgegen, mit der App sei es 15 Minuten gratis. Das mag sein. Allerdings verstösst diese Regelung gegen das Gleichheitsgebot. „Das Recht achtet auf Gleichheit“, ist ein Grundsatz im Verfassungsrecht. Das mag in der Versuchs- und Einführungsphase recht gewesen sind, kann aber kein Dauergrund sein. Was mit einem Parkplatz im Zentrum passiert, wenn nicht kontrolliert wird, kann man beim Lidl gut sehen. Wenn dort 10 Personen im Laden sind, sind etwa 40 Autos auf dem Parkplatz. Alles, was in der Nähe arbeitet, stellt dort sein Auto den ganzen oder wenigstens den halben Tag hin, ohne zu zahlen. Ob das der tiefere Sinn des Grenchner Parkplatzkonzepts ist, überlässt er jedem einzelnen zu beurteilen. Was er mit seiner Motion will, ist eine einigermassen gerechte und vor allem von der Mehrheit akzeptierte Lösung der Parkgebührengeschichte. Mit der Einführung der Mindestgebühr auch vor den wenigen Detailhandelsgeschäften wurde das Gegenteil erreicht. Es wurden alle Wunden, vor allem was die Gratisparkzeit im Coop-Parkhaus angeht, wieder aufgerissen. Er bittet den Rat, diese Motion zugunsten der Grenchner Detailhandelsgeschäfte erheblich zu erklären.

- 3.5 Vize-Stadtpräsident Remo Bill parkiert, wenn er mit dem Auto in der Stadt einkaufen geht, zu 99 Prozent im Coop-Parkhaus. Er wird die Motion aber trotzdem unterstützen. Das tarifmässige Einführen von Kurzzeitparkplätzen ist für ihn ein positives Zeichen an das Gewerbe und die Detailhandelsgeschäfte in der Stadt Grenchen. Eine Senkung der Minimalgebühr für weniger als 30 Minuten könnte ein Anreiz zum Kurzparkieren sein und so dem Gewerbe und den Geschäften dienen.

- 3.6 Gemeinderat Ivo von Büren war dabei, als das Geschäft in der Gemeinderatskommission diskutiert wurde. Er ist sicher, dass, wenn man die Variante mit den Barrieren auf dem Parkplatz Postplatz Nord und Parkplatz EPA umsetzen und dort 30 Minuten Gratisparkieren ermöglichen würde, man mit den zwei Parkplätzen das Doppelte verdienen würde und es nicht kontrollieren müsste. Die Polizei hätte freie Ressourcen, weil es sich selbst kontrolliert. Wenn man das so umsetzt, kann er die Motion unterstützen. Er ist absolut überzeugt davon.
- 3.7 Grenchen, so Gemeinderätin Nicole Hirt, ist Technologiestadt im Grünen und Energiestadt und jetzt will man Gratis-Parkplätze vorantreiben. So etwas ist schizophren. Das kann sie wirklich nicht verstehen. Es gibt im Coop-Parkhaus 300 Gratisparkplätze. Man kann dort eine Stunde lang gratis parkieren. Niemand hier soll ihr erzählen, dass es um Geld geht und es etwas ausmacht, ob jemand 50 Rappen oder einen Franken bezahlt. Es geht um die pure Bequemlichkeit, einfach vor die Läden zu fahren. Wenn man jetzt einen Schritt zurück macht und die Gratis-Parkplätze wieder einführt, dann heisst das nichts anderes, als dass man ja zum MIV sagt. Im 21. Jahrhundert mit Klimawandel, Ökologie und ÖV kann sie das nicht unterstützen. Man sollte sich nochmals gut überlegen, ob das wirklich das richtige Signal ist. Sie lehnt das Anliegen als Motion ab.
- 3.8 François Scheidegger präzisiert, dass mit der Erheblicherklärung der Auftrag verbunden wäre, eine Vorlage auszuarbeiten. Es heisst nicht, dass man gleich Gratis-Parkplätze hätte.
- 3.9 Gemeinderat Peter Brotschi hat als Bürger den Entscheid des Gemeinderats im 2016 mit negativen Gefühlen entgegengenommen. Er hat ihn nicht verstanden, denn er hat sich auch immer für das Gewerbe eingesetzt. Er weiss von anderen Städten, wo man darauf beharrt, dass man im Zentrum mindestens eine halbe oder eine ganze Stunde gratis parkieren kann (z.B. Place du Marché in Payerne). Er braucht sein Auto nicht viel, ausser er muss Grosseinkäufe im Migros oder Coop tätigen. Wenn er von auswärts mit dem Auto in die Stadt hineinkommt und kurz etwas beim Beck oder Metzger einkaufen möchte, dann stinkt es ihm, ins Coop-Parkhaus hineinzufahren. Es ist auch schon vorgekommen, dass er, wenn er keinen freien Parkplatz vor dem Beck oder der Metzgerei gefunden hat, auf den Einkauf in der Stadt verzichtet hat. Es geht auch um solche Situation, wo man nicht den ÖV nimmt, sondern mit dem Auto unterwegs ist und etwas im Vorbeifahren kurz kaufen möchte.
- 3.10 Daniel Hafner erwidert, dass die Leute, die wegen eines Franken nicht vor einem Laden parkieren und dort einkaufen wollen, in der Tendenz jene Leute sind, die nach Lörrach, Weil am Rhein oder Bözingen zum Einkaufen fahren, weil es dort am günstigen ist. Diejenigen, die sich überlegen, was ihnen die Geschichte kostet, fahren nicht nach Grenchen, gehen nicht zum hiesigen Metzger oder Beck, denn diese sind teuer. Das Grenchner Gewerbe muss sich mit Leistung hervortun. Wenn der Gemeinderat das Gefühl hat, über die Finanzen, was die Parkraumbewirtschaftung anbelangt, das Gewerbe retten zu können, ist er massiv auf dem Holzweg. Er wurde auf Basel angesprochen. Basel hat ein Problem. Es liegt im Dreiländereck mit direkten Tramlinien nach St. Louis (Frankreich) und Weil am Rhein (Deutschland). Er fährt nicht mit dem Auto nach Basel zum Einkaufen, weil es mühsam ist. Aber die Stadt lebt und es hat Leute in der Stadt. Es liegt nicht an der Parkraumbewirtschaftung, sondern am Geld. Und diejenigen, die auf das Geld schauen und die 50 Rappen auch noch einsparen wollen, werden daran scheitern.

3.11 Robert Gerber stellt fest, dass der Motionstext nicht richtig gelesen wurde. Darin verlangt er gar keine Gratis-Parkplätze. Es ist gerade wegen des Frankens, dass die Parkplatzgebühr nicht mehr bezahlt wird.

3.12 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

Stapo
RD

6.3 / acs

Motion Peter Brotschi (CVP): Ehrenplatz für verdiente Grenchnerinnen und Grenchner: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/24.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom der Stadtkanzlei in Koordination mit Kulturkommission, Standortförderung und Baudirektion schriftlich beantwortet.
- 1.2 Gemeinderat Peter Brotschi hat als Motionär keine Ergänzungen.
- 1.3 André Weyermann, Präsident Kulturkommission, verweist auf die Stellungnahme der Kulturkommission.
- 1.4 Gemäss Stadtbaumeister Aquil Briggen unterstützt die Baudirektion die Erheblicherklärung der Motion und würde den Stadtpark als würdigen Standort erachten. Sie ist aber offen, falls es anders entschieden würde. Die Kosten werden auf mehrere 10'000 Franken geschätzt; das ist natürlich stark abhängig von der Ausgestaltung und der Grösse.
- 1.5 Wird der Vorstoss erheblich erklärt, so Stadtpräsident François Scheidegger, wird ein Konzept erarbeitet. Es wird also noch nicht direkt umgesetzt.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderätin Angela Kummer erklärt, dass die SP-Fraktion das Anliegen von Peter Brotschi mit einem „ja, aber“ unterstützen kann. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass man verdienten Grenchnerinnen und Grenchnern ein Andenken bewahren sollte. Die Zeit der Würdigung mit Gedenksteinen ist jedoch definitiv vorbei, Strassenbenennungen sind auch nicht mehr so zeitgemäss. Wenn schon, dann könnte einer Person mit einer künstlerischen Installation gedacht werden, doch das muss dann auch zur Person passen und scheint der SP nicht in allen Fällen passend. Der Marktplatz scheint ihr nicht der richtige Ort dafür zu sein, der Stadtpark schon gar nicht, da er zu weit weg ist. Die Idee von Peter Brotschi rennt jedoch offene Türen ein.

Zwei Projekte sind schon am Laufen: Erstens ist der Ersatz der braunen Infotafeln, die an verschiedenen Standorten stehen, geplant. Involviert in dieses Projekt sind das Standortmarketing, die Museums-Gesellschaft Grenchen sowie Grenchen Tourismus. Wie schon bei der Diskussion um den Ehrenplatz für den Ballonoffizier Flury erwähnt, könnten die neuen Infotafeln nicht nur Gebäude oder Plätze erwähnen, sondern auch Menschen, gerade auch im Hinblick auf die Geschichte der Uhrenindustrie. Die Infotafeln sind als Tafeln mit kurzen Texten und einem Bild sowie QR-Code geplant. Verlinkt ist die Tafel mit einem längeren Text auf dem „Stadtwiki Grenchen“, welches anlässlich der neuen Stadtgeschichte von der Stadt, dem Kultur-Historischen Museum und der Museums-Gesellschaft lanciert wurde. Bei der für 2020 geplanten Umgestaltung der Absyte und des öffentlichen Raums rund um das Kultur-Historische Museum Grenchen sind genau solche „Pflastersteine“ mit Daten von wichtigen historischen Ereignissen gedacht, diese könnten mit den Infos zu verdienten Grencherinnen und Grenchern kombiniert werden. Der Standort an der Absyte scheint uns ideal, erstens ist er zentral, zweitens an einem Ort, der sich eh schon um die Geschichte Grenchens kümmert und drittens aus ganz praktischen Gründen: es gibt kleine Pflastersteine, die gut ausgewechselt werden können. Falls der Platz nicht reichen würde, könnte der Weg auch entlang der Lindenstrasse bis zum Parktheater erweitert werden. Zu definieren ist nur noch, wer denn Anrecht auf einen Platz auf dem „Walk of Fame“ hätte. Die SP könnte sich gut vorstellen, dass der Stiftungsrat des Museums zusammen mit der Kulturkommission und der Stadtarchivarin einen Auswahlvorschlag erarbeiten könnte. Sie stimmt also der Motion zu.

- 3.2 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt kann sich die FDP-glp-Fraktion für die Motion erwärmen, aber auch mit einem „ja, aber“. Für sie kommt sicher nicht der Stadtpark in Frage. Über den Standort müsste man sicher diskutieren. Sie denkt eher an den Marktplatz oder den Zeitplatz. Für sie stellt sich ebenfalls die Frage, wer geehrt wird und wer das bestimmen soll. Sie möchte zukünftig, sollte sie noch in diesem Rat sitzen, nicht entscheiden müssen, ob der Herr Müller oder der Herr Meier so eine Gedenktafel erhält. Davon möchte sie sich distanzieren. Man muss vorab festlegen, wer das nachher entscheidet. Das sind die zwei grossen Aber. Die FDP-glp ist der Meinung, dass das Anliegen einen Vorschlag verdient hat, und wird der Motion zustimmen.
- 3.3 Gemeinderat Marc Willemin erklärt, dass die SVP-Fraktion die Motion an ihrer Fraktionssitzung gelesen hat. Sie fand, dass ihre Interpellation *„Lt Walter Flury Gedenkfeier in Grenchen“* damals relativ negativ bewertet wurde. Die Motion von Peter Brotschi wurde dagegen eher wohlwollend behandelt. Sie hat damit kein Problem und sich nur gefragt, ob es an den Leuten in der SVP liegt, die so einen Vorstoss einreichen. Weil sie eine zielgerichtete Partei ist und möchte, dass hier etwas geht, wird sie die Motion unterstützen.
- 3.4 Peter Brotschi dankt für die Beantwortung der Motion. Den Stadtpark als Standort sieht er tatsächlich auch nicht. Sonst ist er eigentlich offen. Man sollte das hier auch nicht zerreden. Er hat in seinem Vorstoss erwähnt, dass es die Kulturkommission sein soll, die in einem kleinen Reglement gewisse Kriterien festsetzen soll, damit klar ist, wer in der Vergangenheit oder dann auch in Zukunft berücksichtigt werden könnte. Sie soll aber keine Doktorarbeit daraus machen. Eine plattenmässige Ausgestaltung an der Absyte kann er sich durchaus vorstellen. So etwas kann man dann auch in den nächsten Jahrzehnten weiterführen. Es wäre in diesem Sinne nie ein fertiges Projekt. Man darf auch nicht das Gefühl haben, dass jedes Jahr jemand geehrt werden muss.
- 3.5 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: KSF

KSF
SF
KUKO
BD
Stadtarchivarin

0.0.3.1 / acs

Motion Konrad Schleiss (FDP.Die Liberalen): Für die Fortführung einer Energieberatung für die Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/20.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom der Baudirektion in Koordination mit der SWG schriftlich beantwortet.

1.2 Gemeinderat Konrad Schleiss meint, dass sich in der Antwort der Baudirektion Fehler eingeschlichen haben. Dort steht, in Ziff. 2.2, dass der Kanton eine neutrale Energieberatungen anbietet und den Einwohnern von Grenchen und Bettlach noch bis Ende 2019 also zwei Möglichkeiten zur Energieberatung zur Verfügung stehen. Diese Aussagen sind falsch. Ebenso ist Ziff. 2.5 falsch. Der Kanton hat eine Liste von Energieberatern. Diese sind in der Regel bei Energieunternehmen angesiedelt. Entsprechend würde er bitten, das nochmals zu überdenken. Es wird auch gesagt, dass die Zahl der Beratungen in den letzten Jahren stark rückläufig war. Er hat gerade das Protokoll des Energieberaters der Repla GB vom ersten Halbjahr angeschaut. Es sind ungefähr 150 Beratungen, die vom neuen Energieberater im 2019 durchgeführt wurden. Man hat hier ein Energieberatungsvolumen in der Grössenordnung von CHF 60'000.00/70'000.00. Ende Jahr bietet die Repla GB dieses Angebot nicht mehr an. Die nächsten Energieberater sind in Solothurn, Gerlafingen etc. Man hätte also hier in der Region keinen Energieberater.

1.3 Gemäss Stadtbaumeister Aquil Briggen hat sich die Baudirektion schon überlegt, was sie hier geschrieben hat. Die Aussagen sind grundsätzlich nicht falsch. Dass er Kanton keine Energieberatung anbietet, ist richtig. Es sind akkreditierte Energieberater, die durch den Kanton subventioniert werden. Korrekterweise müsste man von einer kantonalen Lösung und nicht von einer kantonalen Energieberatung sprechen. Es ist ein unabhängiger Energieberater, zu dem man hingehen kann und der durch den Kanton finanziell unterstützt wird. Deswegen gibt es durch den Kanton eine Lösung. Die Stadt Grenchen beharrt auf der Meinung, dass die Stadt Grenchen und die Gemeinde Bettlach in den letzten Jahren in Sachen Energieberatung doppelspurig gefahren sind und es auch bezahlt haben, nämlich einmal via Kanton durch die kantonale Lösung und ein zweites Mal via Repla GB. Neben der kantonalen Lösung stand den Einwohnern durch die Repla GB eine zweite unabhängige Energieberatung zur Verfügung. Beide Lösungen wurden zugunsten der Einwohner subventioniert: einerseits durch Grenchen, Bettlach und die SWG und andererseits durch den Kanton.

Alle Gemeinden im Kanton und alle anderen Energiestädte (Solothurn, Oensingen, Zuchwil und Olten) haben nur die kantonale Lösung. Sie haben keine zweite Lösung, wie dies in der Motion gewünscht wird. Die Baudirektion würde es begrüßen, wenn die SWG intern einen Berater auf die Liste der kantonalen Lösung bringen würde, so dass die Leute nicht nach Solothurn, nach Biberist oder Huberdorf gehen müssten. Das ist das Einzige, was sie unterstützen würde. Das kann man auch mit der SWG auf bilateralem Weg regeln. Sie erachtet deshalb die Motion als unnötig und empfiehlt, sie nicht erheblich zu erklären.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann ist die SP-Fraktion der Meinung, dass es sich für die Stadt Grenchen nicht mehr lohnt, eine eigene Energieberatung weiter anzubieten. Wie in der Stellungnahme der Stadtkanzlei zu entnehmen ist, war die Anzahl der Beratungen in den letzten Jahren stark rückläufig. Obwohl das Angebot bis Ende Jahr 2019 zusammen mit der Aufhebung der Repla GB aufgelöst wird, lehnt sie eine Fortführung auf städtischer Basis für Private, Gewerbe und Industrie sowie für die städtischen Liegenschaften ab. Auf die akkreditierten Energieberater, wie sie auf der Liste der Energiefachstelle Solothurn aufgeführt sind, kann für eine neutrale Energieberatung zugegriffen werden. Diese werden durch den Kanton finanziell unterstützt. Zudem bedarf es bei jedem Baugesuch eines Nachweises der energietechnischen Massnahmen. Dieser wird in der Regel durch die Bauherrschaft direkt einem privaten Ingenieurbüro in Auftrag gegeben. Eine allfällige Zusammenarbeit durch die Stadt mit der SWG lehnt die SP nicht zuletzt aus aktuellem Anlass ebenfalls ab. Die SWG steht zurzeit mit verschiedenen Projekten zu stark im Kreuzfeuer der Interessen und Kritiker. Eine Ansiedlung bei der SWG wäre zum jetzigen Zeitpunkt Öl ins Feuer gegossen. Die SP-Fraktion unterstützt das Vorgehen der Stadtkanzlei und wird die Motion nicht erheblich erklären.
- 3.2 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, war hin- und hergerissen. Einerseits möchte sie ein niederschwelliges Angebot vor Ort, andererseits hat alles wieder ein Preisetikett, was auch zu Bedenken Anlass gibt. Sie wäre eigentlich gewillt gewesen, die Motion zu unterstützen, auch wenn es in Richtung SWG gegangen wäre, kann aber die Bedenken der SP durchaus teilen. Sie möchte einfach, dass es eine Lösung vor Ort gibt. Er selbst zog bei der Renovation eines Gebäudes einen Energieberater zu Rate und war damals froh um das Angebot.
- 3.3 Gemeinderat Fabian Affolter schliesst sich den Worten von Alexander Kaufmann an. Die SVP-Fraktion unterstützt die Motion ebenfalls nicht. Die Gründe wurden bereits genannt (Kosten, kantonale Energieberatung, die mit den Steuern bereits mitfinanziert wird). Demensprechend hat sie das Gefühl, dass man nicht zweispurig fahren und für etwas Geld ausgeben sollte, das schon der Kanton zahlt.
- 3.4 Konrad Schleiss betont nochmals, dass der Kanton keine Beratung anbietet. Die Doppelfinanzierung ist falsch. Es stimmt, dass der Energieberater der Repla GB für seine Gratisberatung eine Unterstützung vom Kanton erhält. Der Kanton hat selbst keine Energieberater, die vor Ort gehen und eine bauliche Beratung betreiben.

Den grössten Handlungsbedarf hat man im Bereich Isolationen, Verdichtungen, Reduktion von Energieverbrauch etc. Dafür hatte man den Energieberater. Ende Jahr gibt es ihn nicht mehr. Er hat bewusst in seiner Motion nicht gesagt, ob es bei der SWG, der Baudirektion angesiedelt oder bei einem privaten Ingenieurbüro angegliedert werden soll. Sein Anliegen ist, dass man lokal eine Energieberatung einrichten soll. Das ist der Inhalt der Motion. Er ist offen, wie man es nachher ausgestaltet. Er weist nochmals darauf hin, dass es jetzt keine Doppellösung ist.

- 3.5 Für Gemeinderätin Nicole Hirt ist klar, dass es einen Energieberater braucht. Sie fragt sich, ob es einen 1:1-Energieberater braucht. Wäre es nicht sinnvoller, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen, wo man die Leute informiert. Vielleicht könnte man den Leuten auch via Medien zeigen, was es für gelungene Beispiele gibt. Vielleicht wäre dies am Schluss zielführender und würde weniger Kosten generieren. Sie wird die Motion ablehnen.
- 3.6 Alexander Kaufmann verweist auf die Homepage der Energiefachstelle des Amtes für Arbeit AWA. Dort steht, dass *mit der Energieberatung Private, Unternehmen und öffentliche Institutionen bei Sanierungs- und Bauvorhaben, aber auch bei Alltagsfragen zu Energiethemen unterstützt werden.*
- 3.7 Konrad Schleiss präzisiert, dass die Energieberater nicht vom Kanton angestellt sind, sie erhalten eine finanzielle Unterstützung. Der Energieberater der Repla GB hat für seine Gratisberatungen vom Kanton Solothurn CHF 3'000.00 bis CHF 4'000.00 erhalten. Im Kanton Bern hat er einen fünfstelligen Betrag bekommen. Es gibt ein anderes Angebot, denn in allen anderen Städten ist der Energieberater meistens bei einem Energieversorger angebunden (z.B. in Solothurn bei der Regio Energie Solothurn und der AEK-Energie AG). Das ist auch das, was Christoph Bläsi, von der Energiefachstelle AWA der Stadt Grenchen empfohlen hat. Man kann versuchen, etwas vor Ort zu machen. Der Gemeinderat kann der Motion locker zustimmen. Nachher wird man dann schauen, wie es sein soll. Er wollte keine pfannenfertige Lösung bringen
- 3.8 Laut François Scheidegger wäre mit der Erheblicherklärung der Auftrag verbunden, die Einrichtung einer Energieberatung für Private, Gewerbe und Industrie aber auch für die städtischen Liegenschaften zu prüfen. Man könnte dann die Fragen in diesem Kontext genau abklären. Ihm scheint es wichtig, dass man eine Energieberatung vor Ort hätte und die Leute nicht nach Solothurn schicken müsste. Es gibt eine gewisse Anzahl von Leuten, die diese Beratung sucht. Nebst der Lösung Baudirektion und SWG gibt es noch weitere Möglichkeiten. Man kann auch Dritte mandatieren. Man hat hier gewisse Ideen, was man machen könnte. Nicole Hirt hat von öffentlichen Veranstaltungen gesprochen. Er weist darauf hin, dass die Stadt Grenchen seit einigen Jahren im Zwei-Jahresturnus Veranstaltungen im Parktheater durchführt, immer vielbesucht, zum Thema Energiesparen, Gebäudetechnik, Photovolatik etc. Es wird auch dieses Jahr im Oktober 2019 wieder so eine Veranstaltung stattfinden. Auch das wird gemacht. Es kommen immer viele Leute, was zeigt, dass die Leute ein Bedürfnis nach Information und Beratung haben. Neben den Veranstaltungen braucht es die Energieberatung trotzdem noch. Es würde ganz sicher so ausgestaltet, dass, wenn die Nachfrage klein wäre, auch der Aufwand und damit die Kosten gering wären. Man würde sicher nicht 50 Stellenprozente genehmigen.
- 3.9 Gemeinderat Daniel Hafner stellt eine ketzerische Frage: Was passiert, wenn man sich von einem Energieberater, der bei einem Energieanbieter angegliedert ist, beraten lässt? Ein Energieanbieter hat primär das Ziel, Energie zu verkaufen.

Ist es zielführend, wenn eine energieverkaufende Institution jemanden darin berät, wie er Energie sparen kann?

- 3.10 Gemäss François Scheidegger steht das in den Statuten der SWG. Aber Daniel Hafner hat vollkommen Recht. Schon der Anschein wäre ein Problem. Ein Zielkonflikt ist irgendwo vorprogrammiert. Er plädiert dafür, dass man eine andere Lösung findet. Man könnte die Person zwar problemlos im Gebäude SWG ansiedeln, aber es müsste trotzdem eine neutrale Person sein.
- 3.11 Konrad Schleiss bestätigt, dass in den Statuten SWG steht, dass sie so eine Beratung machen soll. Sein Wunsch wäre aber, dass dies eine unabhängige Beurteilung wäre. Jetzt stellt sich die Frage, wo man es angliedern könnte. Die SWG gehört ja der Stadt. In diesem Sinne war er erstaunt, dass der Kanton genau diese Lösung vorgeschlagen hat. Der Gedanken dahinter war wohl, dass die Städte damit ihre Energieversorger besser kontrollieren.
- 3.12 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 9 : 6 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

BD
SWG

8.7.1 / acs

Teilzonenplan Bettlachstrasse GB Nr. 4196 / Antrag zur öffentlichen Auflage

Vorlage: BAPLUKB 25/20.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, nimmt Kenntnis vom Teilzonenplan Bettlachstrasse GB Nr. 4196 und findet das Vorhaben immer noch sinnvoll, ist es doch ein Grundstück im Zentrum. Sie begrüsst, dass entsprechend der angrenzenden Wohnzone entlang der Bettlachstrasse, die aufgrund der Vorbelastung in die Lärm-Empfindlichkeitsstufen (ES) III aufgestuft ist, für das Grundstück GB Nr. 4196 ebenfalls eine Aufstufung in die ES III vorgenommen wird. Aus Sicht der SVP kann der Teilzonenplan öffentlich aufgelegt werden. Die SVP stimmt der Vorlage zu.
- 2.2 Laut Vize-Stadtpräsident Remo Bill ist das Grundstück an der Bettlachstrasse städtebaulich für die Stadt Grenchen ein wichtiger Ort. Der vorliegende Teilzonenplan ist ein kleiner, aber wichtiger Teil im Mosaik der Stadtentwicklung von Grenchen. Es entspricht dem Ziel der Stadtplanung, eine qualitative, innere Verdichtung im Stadtzentrum zu erreichen. Die SP-Fraktion wird dem Antrag zur öffentlichen Auflage zustimmen.
- 2.3 Gemeinderat Konrad Schleiss erklärt, dass die FDP-glp-Fraktion für Eintreten auf das Geschäft ist. Es erfüllt die Ideen, die in der Ortsplanungsrevision diskutiert werden, nämlich dass man einen Teil Wohnen in der Arbeitszone erlauben soll. In diesem Sinne unterstützt die FDP-glp die Vorlage.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Dem Teilzonenplan Bettlachstrasse GB Nr. 4196 wird zugestimmt.
- 4.2 Die Baudirektion wird beauftragt, den Teilzonenplan Bettlachstrasse GB Nr. 4196, gemäss §§ 15 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
- 4.3 Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, ist der Teilzonenplan nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.9.1 / acs

Gemeindeverband Leugene: Wahl Abgeordneter

Vorlage: KZL/29.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Hansjörg Lingg, Werkhof, Mattenstrasse 5, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021 als Abgeordneter des Gemeindeverbandes Leugene gewählt.

Zu eröffnen an: Hansjörg Lingg, Werkhof, Mattenstrasse 5, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL, Stadtpräsidium (Vereidigung)

BD
FV
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

Beitritt zur „Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“

Vorlage: PA/23.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Motion von Angela Kummer (SP) „*Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Beschluss über Erheblicherklärung*“, die gleichzeitig mit dem vorliegenden Traktandum behandelt wird.
- 1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderätin Angela Kummer führt als Motionärin aus, dass die rechtliche Gleichstellung 1981 in der Verfassung verankert wurde - das ist doch schon einen Moment her! Mit der Umsetzung der Gleichstellung geht es in der Schweiz leider nur sehr langsam voran. Der Bund, 16 Kantone und 75 Gemeinden haben die Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor schon unterzeichnet. Das ist ein wichtiger Schritt und sensibilisiert hoffentlich auch die Unternehmen. Denn Frauen sind beim Lohn auf allen Hierarchiestufen immer noch im Nachteil. Das zeigt auch die Erwerbsstatistik des Bundes, welche im Juni aktualisiert publiziert wurde. Grenchen als Stadt - sprich als Teil der öffentlichen Hand - sollte ihre Vorbildfunktion im Bereich Umsetzung der Lohngleichheit wahrnehmen. Ihr ist insbesondere der 1. Punkt der Charta sehr wichtig: „*Sensibilisierung für das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Lohnfestsetzung und Funktionsbewertung, die Rekrutierung, Ausbildung und berufliche Förderung zuständig sind.*“ Sie ist froh, wenn man hier ein Zeichen setzt. In diesem Sinne bittet sie den Rat, der Charta beizutreten und ihre Motion zu unterstützen.
- 2.2 Gemeinderat Fabian Affolter hat das Gefühl, dass es in der Stadt auch ohne Charta Gleichberechtigung geben sollte und es nicht nötig ist, hier mitzumachen. Das sollte in der Verwaltung machbar sein. Die Stadt überprüft regelmässig die Stellen, das macht sie sorgfältig und zwar stellen- und nicht personenbezogen. Eine allfällige benachteiligte Person hat die Möglichkeit, eine Stellenüberprüfung zu beantragen, um zu schauen, ob sie mit ihrem Bedürfnis richtig oder falsch liegt. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion dem Ganzen nicht zustimmen.

- 2.3 Für die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ist in der heutigen Zeit die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau eine Selbstverständlichkeit. Daher ist sie klar für Eintreten, denn man hat als Stadt eine Vorbildfunktion einzunehmen. Sie stimmt den Anträgen zu.
- 2.4 Für Gemeinderat Reto Gasser versteht es sich von selbst, dass man sich der Charta anschliesst. Er geht davon aus, dass das in der Stadtverwaltung selbstverständlich ist und durch das Band so gehandhabt wird, sonst hätte die Stadt keine gute Personalchefin. Er weist darauf hin, dass einige Punkte der Charta wohl nicht justiziabel wären. Das muss man sich einfach bewusst sein. Er weiss auch nicht, inwiefern die Charta dann Wirkung hat. Es ist aber sicher ein gutes Zeichen für Grenchen. Andere Gemeinden und namhafte Städte sind auch dabei, so dass man selbstverständlich beitreten kann. Die FDP-glp-Fraktion wird die Anträge gutheissen.
- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren präzisiert, dass die SVP-Fraktion nicht gegen Lohngleichheit ist. Sie ist der Meinung, dass dies in der Stadt so oder so durchgeführt wird. Sie hat Angst, dass bei einem Beitritt wieder Leute aus dem Personalamt an irgendwelche Anlässe gehen müssen und dies Kosten generiert. Die SVP ist lediglich gegen die Charta, nicht gegen das Vorhaben an sich. Er hat kein Preisetikett daran gesehen. Vielleicht kostet es auch nichts, aber er ist sicher, dass es wieder einen gewissen Aufwand generiert, und das scheut die SVP.
- 2.6 Laut François Scheidegger ist alles mit einem Aufwand verbunden, auch die Beantwortung von Vorstössen. Wenn es so selbstverständlich ist, wie alle sagen, würde die Stadt Grenchen ein seltsames Zeichen aussenden, wenn sie nicht mitmachen und abseits stehen würde. Er macht beliebt, dem zuzustimmen.
- 2.7 Gemäss Esther Müller ist es selbstverständlich, dass man es so praktiziert und die Stadt macht das auch schon so. Wenn man das Grenchner System mit den Funktionen durchgeht, sieht man, dass Mann und Frau gleichgestellt sind. Es wird auch keine Welle von Leute geben, die plötzlich sagen, dass sie nicht gleichgestellt sind. Man kann hier mit gutem Gewissen mitmachen. Dadurch dass die Stadt Grenchen auf der Liste aufgeführt wird, setzt sie ein Zeichen. Sie hat mit den Verantwortlichen abgeklärt, was das Monitoring beinhaltet, und ihnen mitgeteilt, dass das Personalamt im Moment nicht die Ressourcen für zusätzlichen Aufwand hat. Es hat jetzt schon x Statistiken auszufüllen und dem Bundesamt für Statistik abzugeben. Gemäss Auskunft der Verantwortlichen braucht es das aber auch nicht.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.1 des Antrags und Beschlussesentwurfes wird mit 11 : 4 Stimmen gutgeheissen.
- 3.2 Für die Motion von Angela Kummer (SP) „*Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Beschluss über Erheblicherklärung*“ wird ein separater Beschluss gefasst (siehe nachfolgendes Traktandum unter GRB 2514/02.07.2019).

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Die Stadt Grenchen tritt der „Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“ bei.

Vollzug: PA

PA

0.2.2 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: PA/23.06.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde mit dem vorangegangenen Traktandum „*Beitritt zur Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor*“ der Beschluss gefasst, dass die Stadt Grenchen der „Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“ beitrifft (GRB 2513/02.07.2019).
- 1.2 Für die Motion von Angela Kummer (SP) „Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Beschluss über Erheblicherklärung“ wird ein separater Beschluss gefasst.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.2 des Antrags und Beschlussesentwurfs der Vorlage PA/23.06.2019:
 - 3.1.1 Der Antrag, die Motion von Angela Kummer (GRB 2495/14.05.2019) erheblich zu erklären, wird mit 11 : 4 Stimmen gutgeheissen.
 - 3.1.2 Gemeinderätin Angela Kummer ist als Motionärin mit der Abschreibung der Motion einverstanden. *Der Antrag, die Motion als erledigt abzuschreiben, wird einstimmig gutgeheissen.*

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion von Angela Kummer (GRB 2495/14.05.2019) wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

PA

0.2.2 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Überprüfung Einstufung der Gehälter beim Verwaltungspersonal: Beantwortung

Vorlage: KZL/20.05.2019

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reichte Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Im Verlaufe der letzten Jahre wurden diverse Überprüfungen von Gehaltseinstufungen unternommen. Da die Personalkosten die höchsten Kosten in einem Unternehmen darstellen, ist es wichtig, ein Auge auf deren Entwicklung zu halten. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtpräsidenten, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Wie viele Stellen in der Verwaltung wurden seit Herbst 2013 überprüft?*
2. *Wie viele wurden nach oben, wie viele nach unten angepasst (in absoluten und relativen Zahlen)? Differenz in CHF?*
3. *Stehen noch Überprüfungen an?*
4. *Wenn ja, wie viele (in relativer und absoluter Zahl)?*
5. *Bis wann werden die Überprüfungen abgeschlossen sein?*
6. *Gibt es einen kantonalen Benchmark bezüglich Gehältern des Verwaltungspersonals? Wenn ja, wie sieht er aus im innerstädtischen Vergleich?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Personalamt beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Die Interpellantin kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Gemeinderätin Nicole Hirt erklärt sich von der Antwort befriedigt. Sie hat sich gefragt, ob man, angenommen ein Benchmark würde zeigen, dass die Stadt zu hohe Löhne zahlt, die Löhne der aktuellen Stelleninhaber reduzieren dürfte, könnte, müsste. Hier ist man sich noch nicht einig, was dann genau passieren würde. Sie ist immer davon ausgegangen, dass der Beamtenstatus abgeschafft wurde und man den Leuten, wenn man merken würde, dass sie zu hoch eingestuft wären, mit einem neuen Anstellungsverhältnis kündigen könnte. Hier gibt es Stimmen, die sagen, dass dies nicht gehe. Das stösst ihr sauer auf. Wenn das so wäre, hätte sie die Interpellation gar nicht einreichen müssen. Sie ist der Meinung, dass man aktuellen Stelleninhabern, die viel zu viel oder viel zu wenig verdienen, den Vertrag kündigen und mit ihnen ein neues Anstellungsverhältnis eingehen müsste. Es gibt aber Stimmen, die sagen, dass dies nicht möglich sei, weil die öffentlich-rechtlichen Angestellten Besitzstand hätten.
- 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger bestätigt, dass es den Beamtenstatus nicht mehr gibt. Die Leute sind nicht mehr auf vier Jahre gewählt, sondern jetzt unbefristet öffentlich-rechtlich angestellt. Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass es immer noch einen Unterschied zwischen einer öffentlich-rechtlichen und einer privatrechtlichen Anstellung gibt. Es ist justiziabel. Die Vorschriften sind wesentlich rigider. Will man sich von einem Mitarbeitenden, der öffentlich-rechtlich angestellt ist, trennen, ist das nicht so einfach. Hier gibt es ein ganzes Prozedere (es muss das rechtliche Gehör gewährt werden, es muss zuerst verwarnt werden etc.). Auch das Verfahren weicht vom privatrechtlichen ab, indem man zuletzt vor Verwaltungsgericht gelangt. Man hat auch bei öffentlich-rechtlichen Angestellten die Besitzstandsgarantie. Die Anpassung erfolgt nicht nur gegen unten. Wenn eine Stellenüberprüfung ergibt, dass jemand einen zu tiefen Lohn hat, muss dieser nach oben angepasst werden. Diesen Prozess hat man letzthin einige Male durchgeführt. Merkt man umgekehrt, dass jemand zu hoch eingestuft ist, hat man die Problematik des Besitzstands.
- 3.3 Hat ein Mitarbeitender, so Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, seine Endklasse oder seine Besoldungsmaxima noch nicht erreicht, wird er selbstverständlich dort eingefroren, wo er gerade ist.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

PA

0.2.2 / acs

Wirtschaftsrat: Ergänzungswahl

Vorlage: KZL/19.06.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger wurde von Gemeinderätin Nicole Hirt gefragt, weshalb man innerhalb der Amtsperiode eine Zuwahl vornehmen möchte. Er hat mit dem Präsidenten des Wirtschaftsrats Rücksprache gehalten und kann Folgendes mitteilen: Man geht innerhalb des Wirtschaftsrats davon aus, dass es mit Ablauf der laufenden Amtsperiode personelle Vakanzen geben wird. Der Präsident des Wirtschaftsrats selbst ist inzwischen pensioniert, sein Kontakt zur Wirtschaft ist nicht mehr so wie früher. Der Vizepräsident des Wirtschaftsrats ist auch schon lange Zeit dabei. Beide haben angeboten, dass sie gelegentlich einmal zurücktreten möchten. Die Idee ist, dass man die Nachfolge sauber aufgleist und im Sinne der Kontinuität jetzt schon jemanden Neuen in das Gremium hineinwählt. François Scheidegger geht davon aus, dass es weitere Vakanzen mit Ablauf dieser Amtsperiode geben wird. Formell stellt er den Antrag, Jürg Lerch heute in den Wirtschaftsrat zu wählen. Der Wirtschaftsrat unterstützt das Vorgehen. Da es gewisse Geschäfte gibt, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, wäre es allen wohler, wenn Jürg Lerch gleich als Mitglied und nicht nur als Beisitzer im Wirtschaftsrat Einsitz nehmen würde.

2 Eintreten

- 2.1 Die CVP Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ist für Eintreten, stimmt der Erweiterung des Wirtschaftsrats zu und ist mit der Person Jürg Lerch einverstanden. Eines jedoch muss beim Blick auf die Liste des Wirtschaftsrats angemerkt werden. Eine Frau würde diesem Männergremium sicherlich gut tun!

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Jürg Lerch, Fichtenweg 2, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 in den Wirtschaftsrat gewählt.

Zu eröffnen an: Jürg Lerch, Fichtenweg 2, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL, Stadtpräsidium (Vereidigung)

Jürg Kaufmann, Präsident WIRA
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

VERTRAULICH

Neueinreihung von Stellen

Postulat Nicole Hirt (glp): Institution analog Gassenküche für Grenchen?: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. Juli 2019 reicht die Nicole Hirt (glp) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einrichtung einer Institution analog Perspektive (Gassenküche, Solothurn) oder Ähnlichem in Grenchen angezeigt wäre.

Begründung:

Die Stadt Grenchen zahlt nicht unerhebliche Beträge an sinnverwandte Einrichtungen in Solothurn und Biel. Zudem hört man von der Gassenküche in Solothurn, dass zunehmend Grenchnerinnen und Grenchner dort diese Institution besuchen. Der Aufbau und Betrieb einer entsprechenden Institution in Grenchen wäre die logische Folge.

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Rats-sitzung abgestimmt.

SDOL
BD
FV

5.8 / acs

Interpellation Angela Kummer (SP): Ferienbetreuungsangebot: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. Juli 2019 reicht Angela Kummer (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Schülerinnen und Schüler haben pro Jahr 14 Wochen Ferien, Angestellte in der Regel vier oder fünf Wochen pro Jahr. Eltern, welche auswärts arbeiten, haben daher ihre Kinder in 9-10 Wochen pro Jahr tagsüber fremd zu betreuen oder sie haben die Möglichkeit, in der Schulzeit vorzuarbeiten und so ein paar Schulferienwochen die Arbeitszeit zu kompensieren. Viele Personen haben keine Möglichkeit, ihre Kinder durch Verwandte oder Bekannte betreuen zu lassen. Es gibt Eltern, die ihre Ferien alternierend nehmen, um möglichst viel Betreuung für ihre Kinder abzudecken. So bleibt nicht einmal Zeit für gemeinsame Ferien.

Um die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf zu fördern, bieten viele andere Gemeinden ein Ferienbetreuungsangebot für Kinder im Kindergarten und Primarschule zu familienfreundlichen Preisen an. Oft wird dieses Angebot durch die schon bestehenden Tagesstrukturen, von Spielgruppen, Kindertagesstätten oder Kinderfreizeiteinrichtungen organisiert und durchgeführt.

In Grenchen gibt es nur vereinzelte, jedoch keine koordinierten Ferienbetreuungsangebote. Diese scheinen jedoch einem Bedürfnis zu entsprechen. Darum bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Kinderbetreuungsangebote bestehen in den Schulferien in der Stadt Grenchen (Kitas, Ferienpass, Spielplätze etc.)? Für wie viele Kinder stehen diese zur Verfügung?*
- 2. Welche „Lager“ (Ferienkolonien Prägels, Kinder-Camps, Pfadi etc.) werden angeboten?*
- 3. Wieviel kosten diese Angebote?*
- 4. Wie werden diese Angebote koordiniert und kommuniziert?*
- 5. Wurde in letzter Zeit eine Bedarfsabklärung unter den Eltern der schulpflichtigen Kinder zu diesem Thema durchgeführt?*

- 2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SV
FV

3.5.1 / acs

Interpellation Daniel Hafner (SP): Eine Uhr für den Zytplatz: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. Juli 2019 reicht Daniel Hafner (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Ausgangslage

Vor 15 Jahren hat man der Fussgängerzone im Bereich Bettlachstrasse/Solothurnstrasse - zwischen Coop, Interdiscount und Dosenbach - den Namen „Zytplatz“ gegeben und auch so beschildert. Wie viele GrenchnerInnen und BesucherInnen dieser Stadt vermisse ich dort eine repräsentative Uhr. Mir wurde zugetragen, es bestünde seit Jahren ein Projekt, welches an dieser Stelle einen Zeitmesser vorsieht. Wie es sich für eine „Uhren-Stadt“ gehört, keine simple öffentliche Standard-Uhr, sondern eine spektakuläre Einrichtung, die sehenswert sei.

Fragen:

- 1. Wie lautet der Projektinhalt und wer ist der / die VerfasserIn?*
- 2. Was sind die Gründe, die eine Umsetzung bislang verhinderten?*
- 3. Laut dem von der Exekutive verabschiedeten Projekt „Kompass“ möchte man durch verschiedene Massnahmen die Attraktivierung des Stadtzentrums erhöhen. Wäre eine rasche Umsetzung nicht eine ideale, erste bauliche Massnahme?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SF
BD

6.2 / acs

Interpellation Fraktion SVP: Tempo 30-Postulat aus dem Jahre 2012, wo sind die Resultate?: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. Juli 2019 reicht die SVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner: Richard Aschberger):

1.1 Interpellationstext:

An der Gemeinderatssitzung vom November 2012 wurde ein überparteiliches Postulat erheblich erklärt (GRB 2564, Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen). Gehört hat man seit da nichts mehr, es ist wohl in irgendeiner Ablage am Verstauben. Damals wurde alles breit und ausführlich diskutiert (Beschluss 2644, 8 (!) Seiten Diskussion), auch die maximalen Rückbaukosten wurden beziffert usw.

Wir erwarten endlich die damals angekündigten Massnahmen!

Ich habe Fragen zur Umsetzung des Postulates und danke für die Beantwortung:

- 1. Was ist seit da passiert, wie wurde das Postulat in nun bald 7 Jahren berücksichtigt oder wurde es schlicht ignoriert?*
- 2. Weshalb wurde bis heute keine T30 Zone in T50 zurückgewandelt, wie es das überparteiliche Postulat fordert?*
- 3. Hat das Postulat überhaupt irgendeine Wirkung gehabt oder wird es noch eine haben und wir sehen endlich Fortschritte?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
Stapo

6.2.1 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Ortsplanungsrevision

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger informiert, dass an der nächsten GR-Sitzung vom 27. August 2019 das Geschäft „Revision Ortsplanung: Orientierung zur Analyse“ traktandiert wird. Man ist mit den Arbeiten auf Kurs.

2 Bundesfeier der Stadt Grenchen (1. Augustfeier)

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger findet das Fest, zu dem alle herzlich eingeladen sind, am Donnerstag, 1. August, ab 19.00 Uhr im Parktheater Grenchen statt (bei Schlechtwetter im Theatersaal).

3 Publikation Verkehrsmassnahme im Grenchner Stadtanzeiger vom 27.06.2019: Erweiterung Begegnungszone Solothurnstrasse, Bereich des Geschäftshauses Coop bis Kirch-/Bahnhofstrasse (Löwenkreuzung)

- 3.1 Gemeinderat Richard Aschberger bezieht sich auf das Inserat im Stadtanzeiger vom 27. Juni 2019 betreffend Erweiterung der bestehenden Begegnungszone von der Solothurnstrasse, Bereich des Geschäftshauses Coop, bis Kirch-/Bahnhofstrasse (Löwenkreuzung). Die Gemeinderäte wurden ziemlich gleichzeitig via E-Mail informiert. Wer hat die Massnahme angeordnet und wieso? Das Thema wurde bereits in der BAPLUK abgelehnt und jetzt probiert man husch, husch etwas vor den Sommerferien hineinzudrücken. Der BAPLUK-Beschluss vom 7. Mai 2018 ist sonnenklar. Der Antrag zuhanden Gemeinderat lautet: „Die Begegnungszone Solothurnstrasse wird in Richtung Löwenkreuzung zurzeit nicht erweitert.“ Das Geschäft wurde mit der Stadtpolizei koordiniert. In den Erwägungen steht, dass von Massnahmen abzusehen, es mit der Ortsplanungsrevision wieder aufzugreifen und kein Flickenteppich zu hinterlassen ist. Wozu hat man eine Kommission mit gewählten Mitgliedern, wenn das offenbar nur noch als beratende Stimme gilt. Die SVP erwartet, dass von dieser Massnahme sofort Abstand genommen wird. So ein Vorgang ist fragwürdig, egal wie man zur eigentlichen Massnahme steht. Vor knapp einem Jahr hiess es ganz klar nein. In der Zwischenzeit wurde es seines Wissens auch nicht mehr in der Kommission beraten. Sonst kann man ihn gerne belehren - er freut sich darauf. Auch wenn es ein Test über ein paar Wochen sein soll, ist das keine Ausrede, so etwas in 10 Tage durchzudrücken. Bei anderen Postulaten macht man sieben Jahre überhaupt nichts. Andere Verkehrsmassnahmen, die jemandem genehm sind, will man das unter dem Radar vor der Sommerferien erledigen. Das Ganze wird auch dadurch erschwert, dass man innert 10 Tage Beschwerde einreichen und einen Kostenvorschuss von CHF 500.00 hinterlegen muss. So geht es nicht und dagegen wehrt sich die SVP.

Die SVP erwartet hier und jetzt eine klare Aussage, sonst reicht sie eine Einsprache ein und dann ist die Verkehrsmassnahme sowieso erledigt für den Sommer. Für sie ist das eine Missachtung eines Kommissionsentscheids und das ist nicht akzeptabel.

- 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass dies auf Vorschlag der Stadtpolizei erfolgt. Er findet das einen guten Vorschlag. Die Zuständigkeit der Polizei ist gegeben. Die Zuständigkeit der BAPLUK ist hingegen nicht gegeben. Es stimmt, dass es den BAPLUK-Beschluss vom 7. Mai 2018 gibt, aber es ist Folgendes geplant: Man hat eine Petition, die den westlichen Teil der Solothurnstrasse betrifft, und es gehört sich, dass man eine Petition beantwortet. Die Petition stammt vom Coop. Die SVP, welche für sich in Anspruch nimmt, das Gewerbe zu vertreten, muss wissen, dass sämtliche anstossende Gewerbler darauf unterschrieben haben. Die Idee ist, dass man einen Versuch durchführt mit der Möglichkeit, Einsprache zu erheben. Dann ist geplant, das Geschäft in den Gemeinderat zu bringen, damit er sagen kann, ob er das will oder nicht. Auch wenn es die Stadtpolizei in eigener Kompetenz machen kann, ist ihm schon klar, dass das Ganze eine politische Dimension hat. Deshalb soll der Gemeinderat letztlich darüber entscheiden. So ein Versuch ist eine gute Entscheidungshilfe für den Gemeinderat. Man wird sehen, ob es sich lohnt oder nicht, ob es etwas bringt oder nicht und ob es Einsprachen gibt oder keine. Wenn es Einsprachen gibt, was sind die Gründe, die geltend gemacht werden? Dann kann man die Petition sauber beantworten. Er sieht gar nicht ein, weshalb der Versuch ein Problem sein sollte. Er hat die Polizei gebeten, dort Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Diese haben ergeben, dass in diesem Bereich durchschnittlich mit 32 km/h gefahren wird. Er fand deshalb, dass es vernünftig und vertretbar ist, zumal es ein Anliegen des Gewerbes ist. Selbstverständlich steht es der SVP frei, Einsprache zu erheben. Die Einsprachefrist ist immer 10 Tage. Man hat es bewusst vor dem Ferien terminiert. Wenn man es mitten in den Ferien gemacht hätte, wäre es schwierig gewesen, da gibt er Richard Aschberger Recht.
- 3.3 Gemeinderat Ivo von Büren widerspricht François Scheidegger. Es wurde nicht auf Wunsch der Stadtpolizei, sondern auf Wunsch des Stadtpräsidenten durchgeführt. Der Stadtpräsident hat der Polizei klar gesagt, dass sie es umzusetzen hat. Der Stadtpräsident spricht von einer Petition des Gewerbes. Es gibt noch eine andere Petition des Gewerbes gegen die Sperrung der Bettlachstrasse, die ist halt nicht so dringend. Die wird hier nicht erwähnt. Es wird immer so ausgelegt, wie es einem am besten passt. Damit bekundet er Mühe.
- 3.4 François Scheidegger verweist darauf, dass es in der Abteilungsvorsteherkonferenz diskutiert wurde. Der Vorschlag kam vom Polizeikommandanten und wurde dort gutgeheissen. Das ist Fakt. Im Übrigen spielt diese Frage gar keine Rolle.